

**Rede  
von**

**Christoph Bratmann, MdL**

zu TOP Nr. 14

Abschließende Beratung

**Einrichtung einer Enquetekommission zur  
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Schule**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2142

während der Plenarsitzung vom 27.02.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat reden wir schon seit 2013, seitdem ich in den Landtag eingezogen bin, über das Thema Arbeitszeit- bzw. Arbeitsplatzbelastung von Lehrkräften. Ich vermute, schon davor hat es dieses Thema im Niedersächsischen Landtag gegeben.

Das hat natürlich damit zu tun, dass sich der Arbeitsplatz Schule in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert hat. Das ist eine Entwicklung, die auf gesellschaftlichen Entwicklungen basiert. Schule findet heute nicht mehr nur am Vormittag statt. Es findet Gott sei Dank nicht mehr nur Frontalunterricht statt, sondern auch andere Unterrichtsformen. Die pädagogischen Herausforderungen sind größer geworden. Schule ist heute inklusiv. Und sie ist zunehmend auch digital. Das bringt natürlich mehr Aufgaben für die Lehrkräfte im Land mit sich. Trotzdem - so muss ich sagen - wollen die Lehrkräfte, die ich persönlich kenne, die Zeit nicht in die 50er-, 60er-, 70er-Jahre zurückdrehen. Schule hat sich weiterentwickelt, und das ist in erster Linie erst mal gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen aber sehen, wie wir Lehrkräfte entlasten können. Da mangelt es uns nicht an Erkenntnissen und Analysen. Die liegen mittlerweile vor. Was uns vor eine große Herausforderung stellt, ist vielmehr der Umstand, dass wir in einer Situation, in der wir einen Lehrkräftemangel, auch aufgrund von Fehleinschätzungen in den vergangenen Jahren, und dadurch auch an vielen Schulformen eine angespannte Situation der Unterrichtsversorgung haben, die ganz großen Würfe bei der Entlastung zunächst nicht von vornherein bringen können. Es braucht vielmehr intelligente Lösungen, und diese intelligenten Lösungen müssen natürlich entwickelt werden, am besten gemeinsam in erster Linie mit den Betroffenen, sprich: mit den Gewerkschaften und Verbänden.

Hierzu hat die Landesregierung bereits Maßnahme ergriffen, und das Kultusministerium hat eine Steuerungsgruppe errichtet, die vor allen Dingen die Erkenntnisse aus der Göttinger Arbeitszeitstudie nun analysieren soll. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Göttinger Arbeitszeitstudie ist ja eingerichtet

worden, nachdem die Unterrichtsverpflichtung am Gymnasium aufgestockt und vom OVG wieder einkassiert wurde. Nun liegen hier Ergebnisse vor, und ich will Ihnen einmal an einem Beispiel aufzeigen, wie schwierig es ist, die Schritte, die die Studie vorgeschlagen hat, auch umzusetzen.

Zum einen wird gefordert, die Unterrichtsverpflichtung an Grundschulen von 28 auf 27 Stunden herabzusenken. Das ist erst einmal nachvollziehbar, und ich kann jede Grundschullehrerin und jeden Grundschullehrer verstehen, die bzw. der sagt, dass genau das ein wichtiger Schritt ist, den wir gut gebrauchen könnten. Auf der anderen Seite schlägt die Kommission aber auch vor, keine weiteren Abordnungen von beispielsweise Gymnasiallehrkräften an Grundschulen vorzunehmen. Das zeigt: Das stellt in der jetzigen Situation ein bisschen die Quadratur des Kreises dar, die wir so natürlich nicht sofort umsetzen können; denn ein Absenken der Unterrichtsverpflichtung an Grundschulen würde bedeuten, dass die Unterrichtsversorgung deutlich angespannter sein würde und zeitgleich mehr Abordnungen nötig werden würden. Ich will damit aufzeigen, wie groß die Herausforderung ist und dass es die ganz schnellen Lösungen nicht gibt.

Es geht im Kern darum, die Bausteine Besoldung, Arbeitszeit und Entlastungen zusammenzudenken. Dazu ist die Steuerungsgruppe mit den Verbänden, die jüngst eingerichtet wurde, der richtige Ort. Dafür braucht es keine Enquetekommission. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Laura Pooth, hat gesagt: Der Runde Tisch, der jetzt eingerichtet wird, darf keine lange Bank werden. - Die Enquetekommission wäre aber die ganz lange Bank, liebe Kollegin Hamburg. Denn die Ergebnisse Ihrer Enquetekommission, die Sie hier einfordern, würden Mitte nächsten Jahres vorliegen. Wir müssen bei diesem wichtigen Thema deutlich schneller unterwegs sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und es hat ja auch schon, wie es der Kollege Weritz bezeichnet hat, erste Schritte des Kultusministeriums gegeben. Es gibt eine Streichliste für Aufgaben an Schulen, von denen Lehrkräfte entlastet werden sollen. Denn es ist klar: Es ist weniger der Unterricht, also das Kerngeschäft an der Schule, und weniger die

Unterrichtsvorbereitung, die ja auch zum Kerngeschäft gehört, sondern es sind die Aufgaben, wie Dokumentationsaufgaben, Verwaltungsaufgaben, die immer wieder peu à peu on top dazugekommen sind und die die Lehrkräfte an unseren Schulen belasten. Wenn jetzt eine Streichliste vorliegt, die Aufgaben an andere Stellen zurückführt, an die Verwaltung beispielsweise, an die Landesschulbehörde, oder auch Aufgaben, die entbehrlich sind, abschafft, dann ist es erst einmal gut.

In einem weiteren Schritt geht es darum, die Niedersächsische Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen in Niedersachsen zu überarbeiten. Das ist die weitaus größte Herausforderung.

In einem dritten Schritt soll eine besondere Regelung für die Entlastung von Teilzeitkräften gefunden werden. Wir alle - zumindest diejenigen, die sich im Schullalltag ein bisschen auskennen - wissen, dass insbesondere Teilzeitkräfte häufig mehr leisten. Sie haben vielleicht nur 12, 13, 15 Unterrichtsstunden, sind aber trotzdem häufig ähnlich lange wie ihre Kolleginnen und Kollegen in Vollzeit an der Schule, um an Dienst- und Teambesprechungen teilzunehmen usw. Insbesondere hier ist Entlastung vonnöten.

Die wirksame Entlastung von Lehrkräften an allen Schulformen stellt für uns eine ganz besondere Herausforderung dar. Es ist gut, dass sich das Kultusministerium dieser Sache annimmt.

Sehr verehrte Damen und Herren, wir können wirklich abschließend sagen: Die Einrichtung einer Enquetekommission, die zum Ziel hat, auch wenn es gut gemeint ist, erst Mitte nächsten Jahres erste Ergebnisse vorzulegen, greift zu kurz. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.